



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift

über die Sitzung

des Haupt- und Personalausschusses

am 25.08.2010

Anwesend

- Vorsitz

Beutel, Jens

- Mitglieder

Binz, Katharina (Vertretung Köbler, Daniel)
Dr. Eckhardt, Gerd
Eder, Katrin
Egner, Herbert
Hofem, Dieter (Urkundsperson)
Kinzelbach, Martin (Vertretung Hirsch, Hannelore)
Koppius, Walter (Vertretung Sitte, Christopher)
Köbler-Gross, Sylvia (Urkundsperson)
Dr. Litzenburger, Andrea
Schönig, Hannsgeorg
Sucher, Oliver
Dr. Tress, Peter (Vertretung Siebner, Claudia)
Vicente, Miguel

- Schriftführung

Schäfer, Hermann-Josef

Entschuldigt fehlen

- Mitglieder

Hirsch, Hannelore
Köbler, Daniel
Siebner, Claudia
Sitte, Christopher
Stritter, Stephan

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 4

b) öffentlich

2. Antrag Nr. 2041/2009 der ödp/Freie Wähler betr.: Mitgliedschaft der Stadt Mainz bei Transparency International - Deutschland e.V.
3. Beschäftigungsmöglichkeiten gem. § 16 e (früher a) SGB II für Menschen mit Vermittlungshemmnissen schaffen
4. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2011

c) nicht öffentlich

5. Personalangelegenheiten
6. Vergabeangelegenheit
7. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 19.40 Uhr die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses mit der Feststellung, dass form- und fristgerecht eingeladen ist.

Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist gegeben.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 2 Antrag Nr. 2041/2009 der ödp/Freie Wähler betr.: Mitgliedschaft der Stadt Mainz bei Transparency International - Deutschland e.V. Vorlage: 2041/2009

Herr Oberbürgermeister Beutel weist darauf hin, dass heute keine Entscheidung über einen Beitritt der Stadt Mainz zu Transparency International - Deutschland e. V. getroffen werde; es gelte vielmehr, die Voraussetzungen für einen Beitritt aufzuzeigen. Sollten aus der heutigen Unterrichtung Konsequenzen gezogen werden, bedürfe es eines neuen Antrages seitens der Fraktionen.

Sodann gibt der Oberbürgermeister folgende Informationen:

- Von den 43 korporativen Mitgliedern sind lediglich 3 Kommunen eingetragene Mitglieder: Bonn, Halle (Saale) und Hilden.

Inhalt der Selbstverpflichtungserklärung:

- Erlassen von verbindlichen Verhaltensregeln und weiteren Richtlinien und deren strikte Einhaltung
- Implementierung eines Umsetzungsprogramms zur Korruptionsbekämpfung mit folgenden Bausteinen:
 - Bekenntnis von Stadtrat und Verwaltungsleitung zur Anti-Korruptionspolitik der Kommune
 - Präventive Organisationsmaßnahmen bei Zuständigkeiten, Befugnissen, Berichtspflichten, Auswahl von Mitarbeitern, Führungskräften, beauftragten Gutachtern und Unternehmen
 - Systematische und alle Fachbereiche umfassende Kontrollen, insbesondere von korruptionsgefährdeten Verwaltungs- und Geschäftsprozessen
 - Aufklärung und Schulung der Mitarbeiter und Führungskräfte
 - Verpflichtung der im Auftrag der Stadt Mainz tätigen Gutachter und Unternehmen
 - Hinweisgebersysteme
 - Sanktionierung von Verstößen
- Die Stadt informiert Transparency Deutschland über wesentliche Korruptionsvorgänge bei der Wahrnehmung ihrer kommunalen Aufgaben
- Alle drei Jahre müssen die Einhaltung, Anpassung und Umsetzung der Verpflichtungserklärung bestätigt und hierzu Fragen beantwortet werden

Finanzielle Auswirkungen einer Mitgliedschaft und zusätzliche Aufgaben:

- Der Mitgliedsbetrag für Kommunen beträgt jährlich 1000 Euro
- Personalkosten zur Überarbeitung des Präventionskonzeptes entsprechend den Zielen von Transparency

- Personalkosten zur Implementierung des Präventionskonzeptes
- Schulungskosten

- Personalkosten für die Berichterstattung
- Änderung und Anpassung des Präventionskonzeptes
- Implementierung neuer Prozesse verbunden mit Zielvereinbarungen mit Transparency
- Vorhalten einer Kontaktstelle für die laufende Kommunikation mit Transparency
- Durchführung von „Self-Audits“ zur Korruptionsbekämpfung in Kommunen

Vorgehen bei Korruptionsverdacht:

- Wenn Korruptionsvorgänge gegen Repräsentanten, Mitarbeiter oder Beauftragte der Kommune öffentlich bekannt werden, muss Transparency informiert werden. Der Vorstand entscheidet über Ruhen oder Beendigung der Mitgliedschaft
- Das Ruhen und das Beenden der Mitgliedschaft werden auf der Website und im Extranet von Transparency bekannt gegeben

Verfahren für eine Mitgliedschaft:

- Beratungsgespräch durch Transparency um sich über das Korruptionskonzept der Kommune zu informieren, die Verpflichtungserklärung zu erläutern und beides abzugleichen
- Abschluss von Zielvereinbarungen
- Benennen einer Kontaktstelle bei der Kommune
- Entscheidung über den Antrag der Kommune

Der Haupt- und Personalausschuss nimmt von der Unterrichtung Kenntnis.

Der Oberbürgermeister sagt zu, bei den drei Kommunen Bonn, Halle (Saale) und Hilden Erfahrungsberichte bezüglich der Mitgliedschaft bei Transparency International - Deutschland e. V. einzuholen.

Punkt 3 Beschäftigungsmöglichkeiten gem. § 16 e (früher a) SGB II für Menschen mit Vermittlungshemmnissen schaffen Vorlage: 1477/2010

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt einstimmig die Fortführung des 2008 begonnenen Modellversuchs zur Schaffung von bis zu 15 Arbeitsmöglichkeiten im Rahmen des Bundesprogramms „JobPerspektive“ für Menschen mit Vermittlungshemmnissen gem. § 16 e SGB II bei der Stadtverwaltung Mainz in Kooperation mit der SPAZ GmbH.

Darüber hinaus empfiehlt er einstimmig, die hierfür erforderlichen Ergänzungsmittel i. H. v. 100.000,00 € p. a. zur Verfügung zu stellen.

Grundlage und Bestandteil der Beschlussfassung ist die Vorlage der Verwaltung vom 16. August 2010, Az.: 10.01.02.

Punkt 4 **Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2011**
Vorlage: 1327/2010

Ohne Aussprache nimmt der Haupt- und Personalausschuss von der Vorlage über die Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2011 Kenntnis.

Grundlage der Kenntnisnahme ist die Verwaltungsvorlage vom 06.08.2010, ohne Aktenzeichen.

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

gez. Jens Beutel
.....
Vorsitz

gez. Hermann-Josef Schäfer
.....
Schrifführung

gez. Dieter Hofem
.....
Urkundsperson

gez. Sylvia Köbler-Gross
.....
Urkundsperson